

Verantwortlich für den politischen Theil:  
E. Fontane,  
für Feuilleton und Vermischtes:  
J. Steinbach,  
für den übrigen redakt. Theil:  
H. Schmiedehaus,  
sämmtlich in Posen.  
Verantwortlich für den  
Inseratenthail:  
J. Klugkist in Posen.

# Posener Zeitung

Siebenundneunzigster Jahrgang.

Inserate werden angenommen  
in Posen bei der Expedition der  
Zeitung, Wilhelmstraße 17,  
fernere bei H. Ad. Schell, Hoflieferant,  
Gr. Gerber- u. Breitestr. 1. Etage.  
O. A. Nisch, in Firma  
J. Neumann, Wilhelmstraße 8,  
in Gnesen bei S. Chraplewski,  
in Weieritz bei J. Jachowicz  
u. b. d. Inzerat-Annahmestellen  
von G. J. Paube & Co.,  
Kasseler- u. Fugler, Rudolf Hofe  
und „Invalidendank“.

Nr. 804

Die „Posener Zeitung“ erscheint wochentlich drei Mal,  
an den auf die Sonn- und Feiertage folgenden Tagen jedoch nur zwei Mal,  
an Sonn- und Feiertagen ein Mal. Das Abonnement beträgt viertel-  
jährlich 4.50 M. für die Stadt Posen, 5.45 M. für  
ganze Deutschland. Bestellungen nehmen alle Ausgabestellen  
der Zeitung sowie alle Postämter des deutschen Reiches an.

Montag, 17. November.

Inserate, die sechsgehaltene Zeile über deren Raum  
in der Morgenausgabe 20 Pf., auf der letzten Seite  
30 Pf., in der Mittagsausgabe 25 Pf., an bevorzugter  
Stelle entsprechend höher, werden in der Expedition für die  
Mittagsausgabe bis 8 Uhr Vormittags, für die  
Morgenausgabe bis 6 Uhr Nachm. angenommen.

1890

## Die Landgemeinde-Ordnung

für die sieben östlichen Provinzen der Monarchie, welche vorgestern dem Abgeordnetenhaus zugegangen ist, enthält 144 Paragraphen und ist mit einer ausführlichen Begründung und einer Reihe umfangreicher Anlagen versehen.

Während nach dem geltenden Rechte die Vereinigung einer Landgemeinde mit einem Gutsbezirk zu einer Gemeinde oder einem Gutsbezirk nur auf dem Boden der Freiwilligkeit geschehen konnte, sollen jetzt nach Anhörung der beteiligten Gemeinden und Gutsbezirke, sowie des Kreisaußschusses Landgemeinden und Gutsbezirke mit anderen Gemeinden und Gutsbezirken mit königlicher Genehmigung auch beim Widerspruch der Beteiligten vereinigt werden, wenn das öffentliche Interesse eine solche Vereinigung erfordert. Unter der gleichen Voraussetzung und in der gleichen Weise können Gutsbezirke in Landgemeinden und Landgemeinden in Gutsbezirke nach Anhörung der Beteiligten und des Kreisaußschusses durch königlichen Erlaß umgewandelt werden. Auch die Abtrennung einzelner Theile von einer Landgemeinde oder einem Gutsbezirk oder die Vereinigung mit anderen Gemeinden oder Gutsbezirken kann bei dem Widerspruch der Beteiligten durch Beschluß des Kreisaußschusses erfolgen, wenn das öffentliche Interesse die Bezirksveränderung erfordert.

Mit diesen grundlegenden Bestimmungen des § 2 des Entwurfs steht in unmittelbarer Verbindung die Vorschrift des § 143 der Ausführungs- und Uebergangsbestimmungen, in welcher vor dem Inkrafttreten der Landgemeindeordnung eine allgemeine Prüfung der Verhältnisse der bestehenden Landgemeinden und Gutsbezirke zu dem Zwecke vorzunehmen ist, um diejenigen Bezirksveränderungen, welche durch öffentliche Interessen erfordert werden und alsbald ausführbar sind, herbeizuführen. Bestimmte zahlenmäßige Vorschriften, unter welchen Voraussetzungen eine Vereinigung im öffentlichen Interesse erfordert werden soll, sind vermieden.

Dagegen giebt das Gesetz hierfür folgende allgemeine Direktiven. Es kommt dabei für Veränderungen in Betracht: Die Vereinigung der Gemeinden und Gutsbezirke, welche bei Aufrechterhaltung ihrer Selbstständigkeit ihre kommunalen Verpflichtungen nicht vollständig zu erfüllen vermögen, mit benachbarten Gemeinden oder Gutsbezirken, ferner die Zusammenlegung solcher Gemeinden und Gutsbezirke, deren Gehöfte und Feldmarken miteinander derart im Gemenge liegen, daß eine Sonderung der beiderseitigen kommunalen Interessen nicht mehr möglich ist, sowie die Umwandlung von zerstückelten Gutsbezirken und von den in Gutsbezirken bestehenden Kolonien in Landgemeinden. Auf Grund der hiernach von dem Kreisaußschuß vorzunehmenden Prüfung hat der Bezirksaußschuß den Gesamtplan der Bezirksveränderung für die einzelnen Kreise festzustellen und so die der königlichen Genehmigung zu unterbreitenden Anträge vorzubereiten. Die Oberleitung über das Gesamtverfahren führt der Oberpräsident.

Aus dem 2. Titel „Landgemeinden“ sind zunächst diejenigen Bestimmungen hervorzuhoben, welche eine gleichmäßige und gerechte Besteuerung für Gemeindezwecke sichern sollen. Als leitender Grundsatz wird im § 14 vorangeschickt, daß Zuschläge zur Staatseinkommensteuer und besondere direkte Gemeindeabgaben nicht ohne gleichzeitige Heranziehung der Grund- und Gebäudesteuer oder Einführung besonderer direkter Gemeindeabgaben vom Grundbesitz, und Zuschläge zur Grund- und Gebäudesteuer oder besondere direkte Gemeindeabgaben vom Grundbesitz nicht ohne gleichzeitige Heranziehung der Staatseinkommensteuer erhoben werden dürfen. Dagegen soll die Heranziehung der einzelnen Steuerarten nach verschiedenen Prozentsätzen mit nachstehender Maßgabe erfolgen dürfen: Die Grund- und Gebäudesteuer sowie die beiden obersten Klassen der Steuer von im Betriebe stehender Gewerbe sind bei der Gemeindebesteuerung mindestens mit der Hälfte und höchstens mit dem vollen Betrage desjenigen Prozentsatzes heranzuziehen, mit welchem die Staatseinkommensteuer belastet wird. Die Gewerbesteuer kann von der Heranziehung ganz freigelassen, darf aber keinesfalls mit einem höheren Prozentsatz als die Grund- und Gebäudesteuer herangezogen werden. Gemeindeabgabepflichtig mit einem Einkommen von nicht mehr als 900 M. können nöthigenfalls mit einem Steuerfusse, welcher bei einem Einkommen bis einschließlich 420 M. 1.20 M., von 420 bis 660 M. höchstens 2.40 M. und bei 660—900 M. höchstens 4 M. beträgt, zu den Gemeindefürsorgen herangezogen werden. Sofern es sich um Gemeinde-Einrichtungen handelt, welche in besonders hervorragendem oder in besonders geringem Maße einem einzelnen Theile oder einzelnen abgesondert belegenen Grundstücken des Gemeindebezirks oder einer einzelnen Klasse von Gemeindeangehörigen zu Statten kommen, kann von der Gemeinde eine Mehr- oder Minderbelastung der Beteiligten in Ansehung des zur Herstellung und Unterhaltung solcher Einrichtungen erforderlichen Bedarfs nach Abzug des etwaigen Ertrages derselben beschlossen werden. Die Landgemeinden sind endlich auch zur Erhebung indirekter Gemeindeabgaben innerhalb der durch die Reichs-angehörigen auch durch Gemeindebeschlüsse zur Leistung von Hand- und Spanndiensten herangezogen werden, und zwar bei Leistung der Dienste in Natur und die Spanndienste ausschließlich von den gepannthier, welche die Bewirthschaftung ihres Grundeigentums erfordert, die Handdienste dagegen von sämmtlichen gemeindeabgabepflichtigen Angehörigen der Gemeinde gleichmäßig zu leisten. Wird die Abschätzung der Dienste in Geld beschlossen, so erfolgt die Vertheilung auf die Gemeindeangehörigen nach Maßgabe direkter Gemeindeabgaben auf Grund einer entsprechenden besonderen Veranlagung. Die Landgemeinden sind berechtigt, über die Aufbringung der Gemeindeabgaben- und Dienste besondere Gemeindeumlageordnungen zu beschließen. Andernfalls haben sie bis zum Ablauf der ersten drei Monate des Steuerjahres über die Vertheilung der direkten Gemeindeabgaben Beschluß zu fassen. Kommt bis dahin ein gültiger Beschluß nicht zu Stande, so werden für dieses Steuerjahr die direkten Gemeindeabgaben auf die Staatseinkommensteuer unter

Mitherranziehung der Grund- und Gebäudesteuer sowie der beiden obersten Klassen der Gewerbesteuer in dem dort bezeichneten Mindestbetrage vertheilt.

Bezüglich der Rechte und Pflichten der Gemeinde-Mitglieder ist vor Allem die Bestimmung des § 42 hervorzuheben, in welcher neben dem Erforderniß der preussischen Staatsangehörigkeit, der bürgerlichen Ehrenrechte und eines einjährigen Wohnsitzes in dem Gemeindebezirk für das Gemeinderecht erforderlich werden kann entweder der Besitz eines Wohnhauses in dem Gemeindebezirk und zugleich die Entrichtung eines Jahresbetrages von mindestens 3 Mark an Grund- und Gebäudesteuer von dem gesammten innerhalb des Gemeindebezirks belegenen Grundbesitz oder die Veranlagung zur Staatseinkommensteuer oder zu einem fingirten Steuerfusse von mindestens 4 M. Um zu vermeiden, daß durch die Ausdehnung des Gemeinderichts auf diejenigen Gemeinde-Einwohner, welche nicht angelesen sind, aber zur Klassensteuer od. zu einem f. Steuerfusse von 4 M. eingeschätzt sind, nicht ein Uebergewicht von Elementen in der Gemeinde entstehe, deren dauernde Interessen nicht an den Gemeindebezirk geknüpft sind, ist die Bestimmung getroffen, daß in der Gemeindeversammlung mindestens  $\frac{2}{3}$  sämmtlicher Stimmen auf die mit Grundbesitz angelesenen Mitglieder der Gemeindeversammlung entfallen müssen, und daß daher, wenn mehr als ein Drittel der Stimmberechtigten nicht angelesen ist, Letztere durch eine ihrem Stimmrecht entsprechende Anzahl von Abgeordneten ihr Gemeinderecht ausüben müssen. Ebenso ist vorgeesehen, daß während im Allgemeinen jeder Grundbesitzer in der Gemeindeversammlung eine Stimme führt, Besitzer von einem in dem Gemeindebezirk belegenen Grundeigentum mit einem Jahresbetrage von 75 bis ausschließlich 225 M. an Grund- und Gebäudesteuer 2, und diejenigen Besitzer, welche von solchem Grundeigentum 225 M. und mehr in Grund- und Gebäudesteuer entrichten, je 3 Stimmen in der Gemeindeversammlung führen. Auch sollen diese Sätze durch Ortsstatut erhöht werden können.

Aus dem 4. Abschnitt: „Gemeindevertretung“ ist hervorzuheben, daß während bisher in den Landgemeinden gewählte Gemeindevertretungen nur auf dem Wege der Freiwilligkeit eingeführt werden konnten, fortan in denjenigen Landgemeinden, in welchen die Zahl der Gemeindeglieder mehr als 30 beträgt, an die Stelle der Gemeindeversammlung eine gewählte Gemeindevertretung treten soll. Diese Gemeindevertretung besteht aus 6 gewählten Gemeindeverordneten; die Zahl kann durch Ortsstatut auf 9, 12, 15 oder höchstens 18 erhöht werden. Zwei Drittel der Gemeindeverordneten müssen aus den mit Grundbesitz in den Gemeindebezirk angelesenen Gemeindegliedern bestehen. Die Wahl erfolgt nach dem Dreiklassenwahlsystem auf 6 Jahre in öffentlicher Wahl.

Die nachfolgenden Bestimmungen des 5. Abschnittes über das Gemeindevermögen und des 6. Abschnittes über die Verwaltung der Landgemeinden sind im Wesentlichen lediglich Kodifikationen des bestehenden Rechtes, während der 7. Abschnitt über die Aufhebung der mit dem Besitze gewisser Grundstücke verbundenen Verpflichtung und Verpflichtung zur Verwaltung des Schulzentes, die wegen Nichterfüllung der Kreisordnung vom 13. Dezember 1872 für die Provinz Posen notwendigen Sonderbestimmungen entsprechend dem in den übrigen Provinzen bestehenden Rechte enthält.

Auch die folgenden Abschnitte: Geschäfte der Gemeindeversammlung und Gemeindeverwaltung, über die besoldeten Gemeindebeamten, deren Gehälter und Pensionen, über den Gemeindehaushalt, sowie über selbstständige Gutsbezirke sind im Wesentlichen nur Kodifikationen und Ergänzungen des bestehenden Rechtes.

Dagegen giebt der 4. Titel: Verbindung nachbarlich gelegener Landgemeinden und selbstständiger Gutsbezirke behufs gemeinsamer Wahrnehmung kommunaler Angelegenheiten neues Recht. § 126 bestimmt, daß Landgemeinden und Gutsbezirke mit nachbarlich belegenen Landgemeinden oder Gutsbezirken zur Wahrnehmung einzelner zu ihrem Wirkungskreise gehörigen Angelegenheiten nach Anhörung der beteiligten Gemeinden und Gutsbezirke sowie des Kreisaußschusses und des Bezirks-Außschusses mit königlicher Genehmigung verbunden werden können, wenn die Beteiligten hiermit einverstanden sind, oder wenn bei dem Widerspruch der Beteiligten das öffentliche Interesse die Verbindung erfordert. Bei der Bildung dieser Verbände ist auf die sonst bestehenden Verbände (Amtsbezirke, Kirchspiele, Schul-, Wegebau-, Armenverbände u. s. w.) Rücksicht zu nehmen. Bisher haben, abgesehen von den in Schlesien und in einem Theile von Neuvoommern bestehenden gemeinsamen Armenverbänden, nur wenige Verbände dieser Art bestanden, und insbesondere gab es keine rechtliche Möglichkeit, die Bildung solcher Verbände auch in dem dringendsten Nothfalle gegen den Widerspruch eines der Beteiligten herbeizuführen. In dieser Hinsicht schlägt die Landgemeindeordnung im Anschluß an die entsprechenden Bestimmungen über die Vereinigung von Gemeinden und Gutsbezirken im § 2 neues Recht vor, wobei sie aber nicht unterläßt, außer in der Mitwirkung der Kreis- und Bezirksauschüsse vor allem in dem Erforderniß königlicher Genehmigung die nöthige Sicherheit dafür zu geben, daß nicht über das Maß wirklichen Bedürfnisses hinaus Zwang geübt wird. Die Verwaltung und Organisation jener zusammengefügten Zweckverbände werden durch die §§ 127 bis 135 in einfacher, im Wesentlichen der Ordnung der Gemeinde entsprechenden Weise geregelt. Für den Fall, daß das Organisationsstatut durch freie Vereinbarung der Beteiligten nicht zu Stande kommt, ist dasselbe von dem Kreisaußschuß festzusetzen.

Der 5. Titel: Aufsicht des Staates ist wiederum im Wesentlichen kodifikatorischer Natur, und aus den Ausführungs- und Uebergangsbestimmungen ist außer dem Eingang erwähnten § 143 nur hervorzuheben, daß das Gesetz am 1. April 1892 in Kraft treten soll sowie daß in Ansehung der Volksschulen, auch wenn ihnen die Eigenschaft von Gemeindegliedern beizumessen, die Bestimmungen dieses Gesetzes nur unter den aus den besonderen Gesetzen über die Volksschule sich ergebenden Einschränkungen zur Anwendung gelangen sollen.

## Deutschland.

Berlin, 16. November.

Der Kaiser empfing gestern Vormittag gegen 11 $\frac{1}{4}$  Uhr das Präsidium des Abgeordnetenhauses und gab dabei seiner Freude darüber Ausdruck, dieselben Persönlichkeiten wieder begrüßen zu können, welche seit 11 Jahren zu Präsidenten des Hauses gewählt worden seien. Der Kaiser wies auf die zahlreichen und wichtigen dem Landtage zugegangenen Vorlagen hin und gab der Hoffnung Ausdruck, daß eine Verständigung über die Vorlagen erfolgen werde. Er setze in die Hingebung und in die Aufbietung aller Kräfte des Hauses das höchste Vertrauen. Der Kaiser äußerte sich darauf auch über die allgemeine Lage und sprach die Ueberzeugung aus, daß die Erhaltung des Friedens mit aller Entschiedenheit werde in Aussicht genommen werden können. Das Präsidium wurde hierauf auch von der Kaiserin empfangen, welche die Herren mit großer Herzlichkeit begrüßte. — Um 1 Uhr Nachmittags empfing der Kaiser das Präsidium des Herrenhauses, begrüßte dasselbe überaus huldvoll und sprach sein Bedauern darüber aus, daß das Haus nicht sofort mit den größeren Vorlagen habe befaßt werden können, die ja doch aber später immerhin seiner Beschlußfassung unterbreitet werden würden. Der Kaiser drückte die Hoffnung auf ein günstiges Ergebnis der bedeutungsvollen Landtagsession aus, unterhielt sich sodann mit den einzelnen Mitgliedern des Präsidiums und begrüßte dabei besonders den neu gewählten zweiten Vizepräsidenten, Oberbürgermeister Böttcher von Magdeburg. — Nachdem das Präsidium hiernächst auch von der Kaiserin empfangen worden war, begab sich dasselbe zur Kaiserin Friedrich, welcher das Präsidium die Glückwünsche des Herrenhauses zu der bevorstehenden Vermählung der Prinzessin Viktoria überbrachte.

Gestern Abend kam die Kaiserin nach Berlin, um während der Dauer der Vermählungsfeierlichkeiten im königl. Schlosse Wohnung zu nehmen. Dort stieg auch der Kaiser nach seiner gestern Abend vom Jagdschloß Pöhlitz erfolgten Rückkehr für die nächsten Tage ab.

Gutem Vernehmen nach wurde dem Minister Dr. Lucius von Ballhausen die erbetene Entlassung in überaus huldvoller Weise unter Verleihung einer hohen Ordensauszeichnung gewährt. Bis zum Eintritt seines Nachfolgers, als welcher nach einer offiziellen Meldung der Regierungspräsident v. Heyden in Frankfurt a. O. designirt ist, führt der Unterstaatssekretär Dr. v. Marcard die Ministerialgeschäfte.

Dem Bundesrath ist der Entwurf des Gesetzes, betreffend die Feststellung des Reichshaushaltsetats für 1891/92, und der Entwurf eines Gesetzes, betreffend die Aufnahme einer Anleihe für Zwecke der Verwaltung des Reichsheeres, der Marine, der Reichseisenbahnen, der Post und Telegraphie, zugegangen. Das Etatsgesetz weist eine Gesamteinnahme und eine Gesamtausgabe von 1 134 491 912 M. nach, wovon 941 678 766 M. auf die fortdauernden Ausgaben, 91 761 183 M. auf die einmaligen Ausgaben des ordentlichen Etats und 101 051 993 auf die einmaligen Ausgaben des außerordentlichen Etats kommen. Die für die bezeichneten Zwecke aufzunehmende Anleihe ist auf 64 831 963 M. beziffert.

Breslau, 16. Nov. Die Provinzialsynode hat, wie die „Schlesische Zeitung“ meldet, den Antrag des Regierungspräsidenten v. Bitter-Doppeln angenommen, das Konfistorium zu bitten, im Verein mit dem Vorstande der Provinzialsynode und unter Zuziehung von mit den Verhältnissen vertrauten evangelischen Männern, diejenigen Maßnahmen zu beraten und zur Ausführung zu bringen, welche vom evangelisch-kirchlichen Standpunkte aus geeignet erscheinen, dem Anwachsen der Sozialdemokratie Einhalt zu thun. — Die zur General-synode gewählten Abgeordneten gehören der konfessionellen Rechten, der positiven Union und der evangelischen Union an; die Linke blieb unvertreten. Das Konfistorium wurde mit der endgültigen Feststellung eines einheitlichen Melodiebuchs für die evangelische Kirche und Schule Schlesiens betraut. Hierauf wurden die Verhandlungen der Synode mit einem Hoch auf Se. Majestät den Kaiser geschlossen.

Braunschweig, 16. Novbr. In der gestrigen Sitzung der Landes-synode wurden die Anträge auf Erweiterung bzw. Verschärfung der §§ 183 (betreffend unzüchtige Handlungen) und 184 des Reichsstrafgesetzbuchs (betreffend Verbreitung unzüchtiger Schriften u. s. w.), sowie des § 33a der Reichsgewerbeordnung (betreffend Gastwirthschaften, Kleinhandel mit Branntwein u. s. w.) angenommen. Ferner wurden Anträge genehmigt, auf eine strengere Handhabung der bestehenden bezüglichen Vorschriften und eine schärfere Kontrolle ausgestellter Bildwerke u. s. w. hinzuwirken. Der Antrag, die Regierung zu ersuchen, auf Abschaffung der Staatslotterien im Wege der Reichsgesetzgebung hinzuwirken, wurde wegen Unzuständigkeit der Synode durch eine motivirte Tagesordnung erledigt, hierauf wurde die Synode durch ein Reskript des Regenten geschlossen.



## Sechste ordentliche Provinzial-Synode der Provinz Posen.

Posen, 13. November.

Heute Vormittag 10 Uhr wurde nach Abkündigung des Liedes „Gehalt uns Herr bei Deinem Wort“ und einem vom Syn. Schmidt im Anschluß an eine Stelle aus Offenbarung Johannis 3 gehaltenen Gebet die vierte Sitzung der Provinzial-Synode durch den Herrn Vorsitzenden eröffnet.

Zunächst erfolgte die Verlesung des Protokolls der 3. Sitzung durch den Syn. Zonas.

Erster Gegenstand der Tagesordnung war die Vorlage des Evangelischen Oberkirchenraths vom 31. Juli 1890, wegen Abänderungen des Gesetzes vom 15. Juli 1889 betreffend die Fürsorge für die Wittwen und Waisen der Geistlichen. Die zur Vorberatung derselben eingesetzte Kommission unterbreitete der Synode Folgendes:

### Beschluß:

Die in der vorstehend bezeichneten Vorlage enthaltenen Vorschläge werden in Bezug auf ihr größeres Gewicht in nachstehender Reihenfolge angenommen.

1. Der Mindestsatz von 300 Mark (§ 18 des Kirchengesetzes vom 15. Juli 1889) kommt zu Gunsten des überall Platz greifenden Mindestsatzes von 600 Mark (§ 3 a. a. O.) in Wegfall;

2. von allen örtlichen Wittwen- bzw. Waisenbezügen werden die Beträge bis 300 bzw. 60 Mark bei den Anrechnungen der §§ 9 und 16 außer Betracht gelassen.

3. Die Ermäßigung der Pfarrbeiträge im Sinne des § 16 hat ohne Rücksicht auf die Erreichung voller Fünftel bzw. Hälften genau in dem Verhältnis stattzufinden, als die eventuelle Anrechnung der örtlichen Bezüge nach § 9.

### Resolution.

Behufs Beseitigung weiterer der in dem Kirchengesetz vom 15. Juli 1889 enthaltenen, als besonders drückend empfundenen Mißstände wird das hohe Kirchenregiment gebeten, zu veranlassen, daß

1. Die Beseitigung eines Pfarrbeitrags überhaupt (§ 15 des Gesetzes) eintritt.

2. Jedwede Beträge von allen örtlichen Wittwen- bzw. Waisenbezügen — in Erweiterung des vorstehenden Beschlusses zu 2 — bei den Anrechnungen auf Grund der Bestimmungen der §§ 9 und 16 außer Betracht zu lassen sind.

Berichterstatter Syn. v. Tiedemann (Seeheim) begründete zunächst im allgemeinen die Anträge der Kommission.

Nachdem sodann der königliche Kommissar und Syn. Borgius das Wort ergriffen und letzterer auf einen von ihm zunächst gemachten Vorschlag die Möglichkeit einer Zurücknahme der Verzichtleistung auf einen Beitritt zu der geschaffenen Reliktentasse durch Gewährung eines weiteren Termins verzichtet hatte, beleuchtete Syn. Schildt unter Anführung von Ziffern, woher es komme, daß sich der neuen Ordnung nur eine kleine Zahl von Geistlichen in der Provinz Posen angeschlossen hätte.

In der nun folgenden Einzelberatung wurde der 1. der Beschlüsse der Kommission angenommen, nachdem Syn. Borgius darauf hingewiesen hatte, daß viele Geistlichen deshalb nicht beigetreten seien, weil die Bezüge aus örtlichen Wittwenkassen nach dem neuen Gesetz in Anrechnung kämen.

Zu Nr. 2 der Kommissions-Beschlüsse stellt Synodal Füllfrug den Antrag, statt 300 bzw. 60 Mark zu sagen 400 bzw. 80 Mark, verzichtet jedoch nach einer Bemerkung des königlichen Kommissars darauf und behält sich vor, bei den Resolutionen darauf zurückzukommen. Darauf wird der Kommissionsantrag auf Grund der Ausführungen des Synodal v. Tiedemann (Seeheim) mit dem Zusatz des Synodal Benzlaß angenommen, in der Voraussetzung, daß auch von höheren Beträgen mindestens der Betrag von 300 bzw. 60 Mark freigelassen werde. Nr. 3 wird nach der Begründung des Berichterstatters und einigen als Beispiel gemachten Ausführungen des Synodal Böttcher einstimmig angenommen. Synodal Böttcher stellt hierauf den Antrag, daß unter Umständen die bereits gezahlten Beiträge zurückerstattet werden sollen, weil sonst leicht Härten entstehen könnten. Der königliche Kommissar und Synodal v. Tiedemann (Seeheim), können sich dem nicht anschließen, und nachdem der erstere erklärt hat, es gebe auch andere Wege, etwaige Härten auszugleichen; er bitte, eine solche Bestimmung nicht in das Gesetz aufzunehmen, zieht Synodal Böttcher seinen Antrag zurück.

Unter Hinweis auf die die Staatsbeamten betreffenden Bestimmungen, und darauf, daß die Geistlichen bereits Pensionsbeiträge zu zahlen hätten, befürwortet Synodal von Tiedemann die erste Resolution. Der königliche Kommissar kann nicht dafür eintreten; die Resolution wird jedoch nach einigen Aeußerungen der Synodalen Gabriel und Schildt angenommen.

Die zweite Resolution wird vom Herrn Berichterstatter begründet. Syn. Füllfrug kommt hier auf seinen vorher gestellten Antrag, betreffend Erhöhung der nicht in Anrechnung kommenden Summen zurück, verzichtet aber auch jetzt darauf nach einer Erklärung des königlichen Kommissars, daß die obersten Kirchenbehörden eine Nichtanrechnung erstrebten. Resolution 2 und schließlich das Ganze wird angenommen.

Ein besonderer Antrag des Syn. Borgius, im Falle nicht gleichzeitiger Verwirklichung zuerst die Erhöhung der Wittwengehälter, dann die Ausschließung anderer Bezüge und endlich den Fortfall der Beiträge in Aussicht zu nehmen, findet nicht Annahme, weil bereits die Vorlage diese Reihenfolge andeute.

Syn. Füllfrug beantragt, daß eine Ermittlung der Wittwen und Waisen stattfinden und eine höhere Summe als bisher zur Unterstützung ausgemittelt werden möge. Syn. v. Tiedemann und Gabriel stimmen dem bei. Auch dieser Antrag wird angenommen.

Zweiter Gegenstand der Tagesordnung ist die Vorlage des evangelischen Oberkirchenraths vom 25. August 1890 betreffend die Regelung der Sterbe- und Gnadenzzeit bei Pfarrstellen. Auch über diesen Gegenstand berichtet Syn. v. Tiedemann (Seeheim). Der königliche Kommissar giebt einige Erläuterungen dazu; die Vorlage näherte sich dem die Staatsbeamten betreffenden Gesetze. Nach den Anträgen der Kommission soll die Vorlage folgende Fassung erhalten:

1. Die Hinterbliebenen der im Pfarramte einer Kirchengemeinde unter Bestätigung des Kirchenregiments auf Lebenszeit angestellten und in diesem Amte sterbenden Geistlichen sind nach Maßgabe des zu erlassenden Gesetzes berechtigt, den Nießbrauch in Betreff des Vermögens und der Einkünfte der Stelle, einschließlich der Stohgebühren, noch während des Sterbemonats und einer Gnadenzzeit von weiteren sechs Monaten fortzusetzen.

2. Die Einkünfte des Sterbemonats werden als zum Amte verdient des verstorbenen Geistlichen gehörig behandelt.

3. Anspruch auf die Gnadenzzeit haben nur die Wittve und solche ehelichen Kinder des verstorbenen Geistlichen, welche zur Zeit seines Ablebens ihren Unterhalt von ihm zu empfangen hatten, soweit sie nicht rechtmäßig enterbt sind.

Hat ein Geistlicher eine Wittve oder eheliche Nachkommen nicht hinterlassen, so kann mit Genehmigung des königlichen Konsistoriums die Gnadenzzeit den Eltern, Geschwistern, Geschwisterkindern und auch solchen Personen, welche die Kosten der letzten Krankheit und der Beerdigung bestritten haben, für den Fall gewährt werden, daß der Nachlaß zu deren Deckung nicht ausreicht.

4. Mehreren auf die Sterbe- und Gnadenzzeit Berechtigten steht der Nießbrauch gemeinschaftlich zu.

Ist jedoch eine Wittve vorhanden, so gebührt ihr allein die Erhebung und Verwendung der Bezüge mit der Verpflichtung, für den Unterhalt der nach Nr. 3 neben ihr berechtigten Kinder zu sorgen, bezw. sich mit den am Sterbemonat Beteiligten nöthigenfalls auseinanderzusetzen.

Ist keine Wittve vorhanden, so erfolgt die Erhebung der Bezüge durch einen gemeinsamen Vertreter. Bis die Bestellung eines solchen Seitens der Berechtigten bewirkt ist, kann nöthigenfalls durch das Konsistorium eine einstweilige Vertretung angeordnet werden.

5. Die Geschäfte der erledigten Stelle werden während der Sterbe- und Gnadenzzeit, sofern ihre Verwaltung nicht durch feststehende örtliche Einrichtungen genügend gesichert ist, nach der Bestimmung des Superintendenten durch die Diözesangeistlichen und die in der Diözese wohnhaften Kandidaten unentgeltlich versehen. Die zum Bezug der Stelleneinkünfte Berechtigten haben auf ihre Kosten den Vertretern Beherbergung und Beföstigung, auch die nöthigen Fuhrten, soweit diese nicht nach örtlichem Rechte durch andere Verpflichtete gestellt werden, zu gewähren und, falls dies nicht durch Naturalleistung geschieht, die ihnen entstandenen, notwendigen Auslagen zu erziehen. Ueber die Art der Leistung und den Betrag der Auslageentschädigung entscheidet in Ermangelung einer Einigung der Beteiligten der Superintendent.

6. Die niederen Kirchenbeamten im Bezirke des erledigten geistlichen Amtes sind verpflichtet, zur Verleihung des letzteren nach Bestimmung des Superintendenten jede ihrer Stellung entsprechende Ausbülfe zu leisten. Soweit es in außerordentlichen Fällen billig erscheint, ist ihnen dafür eine vom Superintendenten festzusetzende mäßige Vergütung von Seiten der zum Bezug der Stelleneinkünfte Berechtigten zu gewähren.

7. Sieht sich das Konsistorium durch die Umstände veranlaßt, für die Verwaltung des erledigten geistlichen Amtes einen besonderen Vertreter am Orte zu bestellen, so haben die zum Bezug der Stelleneinkünfte Berechtigten demselben Wohnung, Heizung, Licht und Beföstigung unentgeltlich zu gewähren oder nach Wahl und Festsetzung der Eingangs erwähnten Behörde einen angemessenen Beitrag zu den Kosten der Vertretung zu leisten.

8. Vorstehende Bestimmungen finden, sofern nicht ein anderes mit dem Stelleninhaber oder seinen Rechtsnachfolgern vereinbart wird, auf die Hinterbliebenen solcher zur Zeit des Inkrafttretens der neuen Ordnung bereits festangestellten Geistlichen, welche in ihrem gegenwärtigen Amte sterben, überall da keine Anwendung, wo die Sterbe- und Gnadenzzeit zusammen nach dem bisherigen Rechte die Dauer von sieben Monaten übersteigt.

Auch bleiben, falls nicht anderweitig Vereinbarung stattfindet, die durch das bisherige Recht hier und da begründeten Ansprüche auf eine Sterbe- und Gnadenzzeit hinsichtlich eines aus der Prämie zu leistenden Ruhegehalts zu Gunsten der Hinterbliebenen bereits emittirter und in ihren gegenwärtigen Aemtern künftig zur Emittirung gelangender Geistlichen unberührt.

9. Im Uebrigen treten alle den Säzen 1 bis 7 entgegenstehenden Bestimmungen außer Kraft, mögen dieselben in allgemeinen oder auf besondere Landesheile bezüglichen Gesetzen, Ordnungen oder Gewohnheitsrechten begründet sein.

10. Die Frage, inwieweit es der Mitwirkung der Landesgesetzgebung zur Durchführung des Vorstehenden bedarf, bleibt vorbehalten.

Zu 1 beantragt Syn. Schildt zu sagen: „während des Sterbemonats, der mit dem 1. des nächsten Monats beginnt“. Dieser Antrag wird abgelehnt, die Vorlage angenommen; desgl. Nr. 2, begründet vom Syn. v. Tiedemann (Seeheim).

Zu Nr. 3 schlägt nach der Befürwortung des Berichterstatters der Syn. Müller (Meieritz) vor, statt eheliche Kinder zu sagen: „eheliche Nachkommen“. Dieser Antrag wird angenommen, nach ihm Abs. 1 von Nr. 3, desgl. Abs. 2.

Auch in der nunmehr vom Syn. v. Tiedemann (Seeheim) befürworteten Nr. 4 will Syn. Heyländer statt Kinder „Nachkommen“ gesetzt wissen. Dieser Punkt wird mit der genannten Aenderung ebenfalls angenommen, ebenso die Nummern 5—10 genau entsprechend den Kommissionsanträgen.

Dritter und letzter Gegenstand der Tagesordnung bildete die Vorlage des königlichen Konsistoriums betreffend die Zulegung der Parochieen Wongrowitz und Groß-Mirkowitz zu der Synode Schubin.

Der von der dazu bestimmten Kommission gestellte Antrag lautet:

Hochwürdige Synode wolle beschließen:

„Die Provinzial-Synode giebt die nach § 49 der Kirchen-Gemeinde- und Synodal-Ordnung erforderliche Zustimmung zu der vom Hochwürdigsten königlichen Konsistorium beabsichtigten Abtrennung der beiden Parochial-Gemeinden Wongrowitz und Groß-Mirkowitz von der Diözese Kolmar und deren Zulegung zu dem Kreis-synodalverbande der Diözese Schubin.“

Nach einer auf äußere und innere Gründe sich stützenden Befürwortung des Syn. Münnich wird jener Antrag angenommen. Darauf wurde die Sitzung nach dem Segensspruch des Syn. Kaisers von dem Herrn Vorsitzenden geschlossen.

## Vokales.

Posen, den 17. November.

—u. Das Rochsche Impf-Heilverfahren der Tuberkulose wird, wie wir erfahren, schon im Laufe dieser Woche auch in der hiesigen Diakonissen-Krankenanstalt und zwar zunächst an Lungenkranken zur Anwendung kommen.

r. Der Vorstand des Posener Landwehrvereins wird, wie dies seit einer langen Reihe von Jahren geschehen ist, auch zum diesjährigen Weihnachtsfeste, Dank den gütigen Gaben hochherziger Wohlthäter und Kameraden des Vereins, den zahlreichen Landwehr-Waisenkadern eine Weihnachtsfreude bereiten, und dieselben zu diesem Behufe von Kopf bis Fuß neu einkleiden und mit Büchern und anderen nützlichen Gegenständen beschenken. Die mit der Ausführung beauftragte Kommission ist bereits in Thätigkeit getreten und hat im Laufe dieser Woche mit der Sammlung der erforderlichen Geldmittel begonnen.

d. Ein polnischer wissenschaftlicher Verein hat sich in Berlin gebildet. Demselben gehören bereits 64 Mitglieder an, sämtliche Studierende oder solche, die höchstens seit 4 Jahren ihre Studien beendet haben. Die Versammlungen werden wöchentlich einmal abgehalten.

## Telegraphische Nachrichten.

Berlin, 16. Nov. S. M. Kreuzer „Schwalbe“, Kommandant Korvetten-Kapitän Rüdiger, ist am 15. November cr. in Bombay eingetroffen.

Königsberg i. Pr., 16. Nov. Die Provinzialsynode ist gestern eröffnet worden; dieselbe sandte eine Adresse an Se. Majestät den Kaiser ab, in welcher der schmerzlichen Verluste gedacht wird, welche das königliche Haus erlitten, und gleichzeitig der Zuversicht Ausdruck gegeben wird, daß es unter dem Schutz und Schirm des Kaisers der Kirche gelingen

werde, die Aufgaben zu erfüllen, welche die Zeitverhältnisse stellen.

Halle a. d. Saale, 16. Nov. Die Direktoren der hiesigen Kliniken haben sich heute mit ihren Assistenzärzten und mehreren Patienten nach Berlin begeben, um das Rochsche Heilverfahren kennen zu lernen.

Aachen, 16. Nov. Eine Vertrauensmänner-Versammlung der Centrumpartei hat den Landgerichtsrath Spahn-Bonn als Kandidaten für die Abgeordneten-Erwahl im Wahlkreise Aachen-Stadt, Aachen-Land und Eupen aufgestellt.

Sigmaringen, 16. Nov. Der Fürst von Hohenzollern ist nach Berlin zur Theilnahme an den Vermählungsfeierlichkeiten abgereist.

Dresden, 16. Nov. Der Statthalter von Elsaß-Lothringen, Fürst Hohenlohe ist Vormittags nach Berlin gereist; gestern hatte derselbe an der königlichen Tafel in Strehlen Theil genommen.

Darmstadt, 16. Nov. Der Großherzog, der Prinz und die Prinzessin Heinrich von Preußen und der Erbgroßherzog sind heute zur Theilnahme an den Hochzeitsfeierlichkeiten nach Berlin abgereist.

Koburg, 16. Nov. Die Herzogin von Edinburgh ist heute Mittag mit ihren Töchtern nach Berlin abgereist.

Braunschweig, 16. Nov. Dem „Braunschweigischen Tageblatt“ zufolge verfolgen Aerzte von Braunschweig und Hannover den Plan zum Bau eines großen Sanatoriums im Harze für unbemittelte Lungenkranke.

Detmold, 16. Nov. Laut Amtsblatt ist der Landtag auf Befehl des Fürsten für den 28. d. M. wieder einberufen.

Detmold, 16. Nov. Unter den Gesetzentwürfen, welche dem am 28. d. M. zusammentretenden Landtage vorzulegen sind, befindet sich ein Gesetzentwurf, betreffend das Versammlungs- und Vereinsrecht, welcher sich dem diesbezüglichen preussischen Gesetze vom Jahre 1851 anschließt; ferner ein Gesetzentwurf, betreffend die Abänderung resp. Erhöhung der Gehälter für Gymnasiallehrer, sowie für Gerichts- und Verwaltungsekretäre, ein Gesetzentwurf betreffend die Errichtung neuer Schulgemeinden und betreffend Regelung der Küsterfrage. Der Etat der Staatskasse für 1890/91 schließt mit einem Plus von 36 463 M. ab.

München, 16. Nov. In der gestrigen Sitzung der Akademie der Wissenschaften, in welcher sämtliche Minister und die Spitzen der Behörden anwesend waren, hielten der Präsident v. Pettenkofer und Gregorovius die Festreden. Zu außerordentlichen Mitgliedern wurden ernannt: Professor von Hartel (Wien), die Sanitätsforscher Professor Delbrück (Zena) und Professor Schmidt (Berlin), der Historiker Professor Ritter (Bonn), der Physiker Professor Mach (Prag), Lord Rayleigh (London), Historiker Duchesne (Paris), Historiker Lenz (Berlin) und Historiker Meyer v. Knonau (Zürich).

München, 16. Nov. Der Generalarzt der bayerischen Armee, Dr. v. Legebeck, ist nach Berlin abgereist zum Studium des Schwindsuchtmittels des Professor Dr. Koch. Das Heilmittel des Letzteren ist der „Allgemeinen Zeitung“ zufolge gestern Abend hier eingetroffen, die Heilveruche haben begonnen.

Wien, 16. Novbr. Der Oberste Sanitätsrath empfahl dem Ministerpräsidenten Grafen Taaffe die Entsendung zweier Mitglieder des Obersten Sanitätsrathes nach Berlin und die Anordnung der nöthigen Vorkehrungen hinsichtlich der Verwendung des Kochschen Heilmittels durch die Aerzte in den kaiserlichen Krankenanstalten. Ferner soll weiteren ärztlichen Kreisen Gelegenheit geboten werden, die neue Heilmethode zu verfolgen; endlich soll, wenn möglich, für die ausschließliche Herstellung des Heilmittels in den inländischen Staatsinstituten Vorfrage getroffen werden. Gleichzeitig beschloß der Oberste Sanitätsrath, sein epidemiologisches Komite mit dem Studium der gleich wichtigen Angelegenheit der Verhütung der Verbreitung der Tuberkulose zu betrauen.

Wien, 16. Nov. Nach hier eingegangenen Nachrichten aus Salonichi ist vorgestern Nacht ein Spezial-Militärzug auf der Fahrt von Uesküb nach Salonichi bei Topfin infolge der stattgehabten Ueberschwemmungen entgleist. Von den Waggons wurden 8 zertrümmert, gegen 40 Personen wurden getödtet und ebensovielen verwundet. Der Verkehr ist gänzlich unterbrochen.

Peft, 16. Nov. Die Blätter widmen dem Professor Dr. Koch begeisterte Artikel. Der hiesige Aerzteverein sprach dem großen Gelehrten seine Anerkennung aus und beschloß, nach einer die Verdienste Koch's feiernden Rede des Professors Koranyi, die demselben gezollte Huldigung im Protokolle verzeichnen und sie dem Gefeierten in entsprechender Weise zur Kenntniß bringen zu lassen. Ferner wurde beschlossen, ein Komite behufs Einführung des Koch'schen Heilverfahrens einzusetzen.

Peft, 16. Nov. Im Auftrage des Ministers des Innern reist der Ministerial-Sekretär Dr. Loerinczy, Spezialarzt für Lungenkranke, morgen nach Berlin ab, um daselbst das Rochsche Heilverfahren zu studiren. — Professor Koranyi gedachte in seiner gestrigen Vorlesung der epochemachenden Entdeckung Koch's. Seine Zuhörer gaben ihrer Verehrung für Koch durch Erheben von den Sigen Ausdruck. — Der Magistrat beschloß, zu dem Vortrage, welchen Professor Koch in der Berliner ärztlichen Vereinigung über die Heilung der Tuberkulose zu halten gedenkt, drei Aerzte nach dort zu entsenden.

Bern, 16. Nov. Der Bundesrath hat die Uebereinkunft, betreffend die Bildung eines internationalen Verbandes für Publikation der Poltarife, d. d. Brüssel, den 5. Juli 1890 genehmigt. Den Regierungen der bei dem Uebereinkommen vom 4. März 1878, betreffend den Austausch von Gelbanweisungen, sowie beim Nachtragsakte d. d. Lissabon, den 28. März 1885 theilgenommen Staaten wird von dem von der Türkei mit de-



Noten vom 28. Mai und 5. Juni d. J. für den 1. Januar 1891 erklärten Beitritt zu diesem Uebereinkommen Kenntniß gegeben. Es sind demselben nunmehr außer der Schweiz folgende Staaten beigetreten: Deutschland, die Argentinische Republik, Desterreich-Ungarn, Belgien, Bulgarien, Chile, Dänemark, Egypten, Frankreich, Italien, Japan, Luxemburg, die Niederlande, Portugal, Rumänien, Schweden, Norwegen, Tunis, die Türkei und San Salvador.

**Bern**, 16. Nov. Bei der heutigen Volksabstimmung im Kanton St. Gallen wurde die neue Kantonalverfassung mit 28 142 gegen 6440 Stimmen angenommen.

**Arco**, 16. Nov. Der Leiter der hiesigen Kuranstalt, Wollerjack, und das Mitglied des Komites derselben, Gager, werden sich nach Berlin begeben, um das Kochische Heil-Verfahren zu studieren.

**Paris**, 16. Nov. Wie der „Temps“ meldet, ist das in London erscheinende anarchistische Blatt „L'International“, welches unter der Maske einer religiösen Broschüre hier eingeführt worden war, von der französischen Regierung verboten worden. Ein Artikel der letzten Nummer enthält die Aufforderung an die Anarchisten, die Große Oper in die Luft zu sprengen.

**Paris**, 16. Nov. Der industrielle und kommerzielle Verein organisiert, von dem Unterstaatssekretär Etienne unterstützt, eine neue Handelsmission nach Kina und dem Buregebiete im französischen Sudan, an deren Spitze der in Kina ansässige Pflanzler Bechet steht.

Die Doktoren Richet und Hericourt theilten in der biologischen Gesellschaft Impfungsversuche mit, welche sie bei an Tuberkulose Erkrankten mit von Mikroben ausgeschiedenen chemischen Substanzen angestellt hätten. Die beiden Forscher bezeichnen diese Versuche als erfolgreich.

**Charleroi**, 16. Nov. Laguerre und Deroulede, welche wegen ihres Duells verhaftet waren, sind gegen Kaution wieder in Freiheit gesetzt worden.

**Konstantinopel**, 16. Nov. Der Sanitätsrath hält die für Provenienzen aus den zwischen Merzina und Beyruth gelegenen Häfen angeordnete Quarantäne aufrecht und hat jetzt außerdem die ärztliche Untersuchung der Provenienzen aus Merzina, Jaffa, Beyruth und den dazwischen liegenden, der Quarantäne nicht unterworfenen Vertikalitäten angeordnet.

**Bukarest**, 16. Nov. In seiner heutigen Sitzung genehmigte der Ministerrath das Budget pro 1891/92, das in Einnahmen und Ausgaben vollständig balanciert, und in welchem auch Vorsorge getroffen ist für die Annuität der Fortifikationsanleihe.

Bei der feierlichen Eröffnung des rumänischen Dampfschiffahrtsdienstes, welcher der Finanzminister, der Kriegsminister, viele Parlamentsmitglieder und die Spitzen der Behörden bewohnten, erklärte der Finanzminister, die Regierung werde die Schaffung eines vollständigen Schiffahrtsdienstes nach Möglichkeit unterstützen.

**Newyork**, 16. Nov. Nach keiner Depesche aus Tegucigalpa ist der Führer der Aufständischen, Sanchez, mit mehreren seiner Offiziere ohne weitere kriegsgerichtliche Verhandlung auf dem Hauptplatze der Stadt erschossen worden. Der Aufstand könne damit als beendet angesehen werden.

**Rio de Janeiro**, 16. Nov. In der gestrigen Sitzung des Kongresses wurde eine Botschaft des Präsidenten verlesen, welche das Verhalten der provisorischen Regierung darlegt, die Regierungsbefugnisse in die Hände der Kammer zurückgibt und derselben die Aufgaben auseinandersetzt, die sie zu lösen habe. Der Kongreß wird eine Kommission ernennen, um dem Ministerpräsidenten Fonseca zu danken und ihn zu beglückwünschen.

Anlässlich des Jahrestages der Proklamirung der Republik wurde eine Revue abgehalten. Ueberall herrscht großer Enthusiasmus.

## Angekommene Fremde.

**Posen**, 17. November.

Mylius Hotel de Dresde (Fritz Bremer). Die Rittergutsbesitzer Kennemann aus Menta, Frau Schulz aus Budow Km., die Vandräthe Steinmann aus Rawitsch, von Michalschek aus Wöngrowitz, Zwider aus Meseritz, Fabrikant Schulz aus Berlin, die Kaufleute Stern, Wegner, Koz und Oppenheimer aus Berlin, Frölich aus Elberfeld.

Hotel de Rome. — F. Westphal & Co. Die Rittergutsbesitzer Reiser aus Dirmowicz, von Grabowski aus Al.-Chocicza, Friederici und Frau aus Czerleino, Beamter v. Lesniewski aus Warschau, Kontroll-Chef v. Wyttel aus Warschau, Ass.-Zusp. Walther aus Breslau, Stadtrath Weise und Fabrikant Lange aus Sommerfeld, Direktor Krüger aus Breslau, Vandrathsamts-Verwalter Bergius und Frau aus Ubelnau, Landrath v. Lühow aus Dirmowicz, Rechtsanwalt Turski aus Gneien, die Kaufleute Scheide aus Engenthof, Schmidt aus Leipzig, Vincus, Ernst und Schlieben jr. aus Berlin, Bolt aus Hamburg, Sitz aus Leipzig, Steiner und Malachowski aus Berlin, Schäfer aus Leipzig, Pfeiffer und Heilmann aus Berlin, Kreisbaur aus Breckersfeld, Mittelhäuser aus Chemnitz.

Stern's Hotel de l'Europe. Rittergutsbesitzer v. Breza aus Wicowice, Direktor Thöns aus Berlin, Rentier Dolge aus Berlin, Generalagent Betermann aus Köln, Kaufmann Kefling aus Zerzheim, Gutsbesitzer Händorf aus Mirow, Profurst Charlau aus Leipzig, Inspektor Greinert aus Gotha, die Kaufleute Brühl aus Wien, Weidenfeller aus Limburg, Amtmann Marzahn aus Trebitz, Ingenieur Vöschke aus Kiel.

Hotel de Berlin (W. Kamieński). Landwirth Grunwald aus Schöffen, Rentier v. Lubinski und Kaufmann Bernstein aus Kalisch, Bevollm. v. Staskiewicz aus Kowicz, Rittergutsbesitzer v. Jezewski aus Gorzewo, Geisl. Plattowski aus Neustadt b. P., die Gutsbesitzer Kurczewski aus Bilejewo, Jordan und Familie aus Chomeucice, Stam aus Schmiegel, die Kaufleute Dufkiewicz und Frau aus Rogasen, Frau Maciejewski aus Breichen, Gutsbesitzer Michalski aus Biezdziadowo.

Theodor Jahns Hotel garni. Die Kaufleute Schulze, Wein und Buddeweg aus Berlin, Friedländer aus Breslau, Meyer aus Leipzig, Arzt Dr. Zitron aus Posen, Berl.-Zusp. Dombrowski aus Berlin.

J. Graetz's Hotel „Deutsches Haus“, vorm. Langner's Hotel Die Kaufleute Jigitz aus Berlin, Müller aus Schwiebus, Horwitz aus Margonin und Salegel und Frau aus Breslau, Ziegeleiverwalter Schwantes aus Obornitz, Dr. phil. Schlegel und Frau aus Breslau, Gutsbesitzer Schneider aus Elberfeld, Arzt Mai aus Dresden und Apotheker Krüger aus Guttertag.

Hotel Concordia am Bahnhof — P. Röhr. Privatier Fräul. Dammann aus Weimar, die Kaufleute Keritien aus Rawitsch, Vook aus Breslau, Schmidt aus Vissa, Hirtels aus Danzig, Jarecki aus Budzin, Jiller aus Wargen, Scholz und Frau aus Berlin, Cohn aus Breslau, Wilczynski aus Wöngrowitz, Kehler und Frau aus Berlin, Cohn aus Berlin, Schneider aus Zirke, Kunerth aus Schwiebus, Schlegelinger aus Breslau.

Keiler's Hotel zum Englischen Hof. Die Kaufleute Drucker aus Klatau, Lewin aus Rogowo, Goldstein aus Elbing, Cohn und Chaym aus Jnin, Kaphan aus Schroda, Cohn und Tochter aus Beisern, Koz aus Konin, Frau Weber und Frau Wemy u. Tochter aus Konin.

## Handel und Verkehr.

**Der Preisfall in Kupfer und Zinn.** Aus London wird dem „Berl. Tagbl.“ geschrieben: Als vor einigen Monaten die französischen Finanzfirmen von den Vögern von Kupfer befreit wurden, die sie aus der Hinterlassenschaft der Société des Métaux befaßen, hielten es einige der Käufer dieser bedeutenden Mengen besonderer Sorten, wie Tough Cast, Wallaroo und Rio Tinto Ingots für nöthig, sich gegen diese Käufe durch Verkäufe von „good merchantable brands“ auf spätere Lieferung zu sichern. Als aber diese Zeitverkäufe fällig wurden, zeigte sich so große Schwierigkeit, Waren zu kaufen, um diese Kontrakte zu erfüllen, daß es eine Zeit lang fast aussah, als ob es zu einer „Schwänze“ kommen würde. Daraus und nicht aus übermäßigem Bedarfe erklärt sich, wie es möglich wurde, den Kupferpreis bis nahe an 63 Pf. zu treiben. Nachdem diese Baiffe-Engagements mit großen Opfern liquidirt waren, hat die Hauffe-Spekulation, wohl auch im Zusammenhang mit dem Silberrückgang und der Geldknappheit, den Kupfermarkt wieder sich selbst überlassen, und die Folge war, daß der Kupferpreis schnell zurückging, bis er am vorigen Montag 56 Pf. 2 Sh. 6 d. erreichte. Ein Zeichen dafür, daß die Spekulation sich nunmehr zurückhält, ist auch, daß die Differenz zwischen dem Kassa- und 3-Monat-Preis auf 5 Sh. gefallen ist. Mit dem Falle der Preise von ihrer künstlichen Höhe fing die Nachfrage des Konsums wieder an, sich zu heben, und es fanden daraufhin in der jüngsten Woche recht bedeutende Verkäufe statt. Dieselben waren auch theilweise dadurch veranlaßt, daß Schmelzwerke in Süd-Wales wegen der in den dortigen Kupferbergwerken bestehenden Arbeiter-Schwierigkeiten sich mit Chiliabaren an Stelle des heimischen Produkts zu versehen gezwungen waren. Vorläufig aber ist die Lage für die Schmelzwerke noch eine schwierige, da die hohen früheren Kupferpreise den Konsum von Fertigfabrikaten unrentabel eingeschränkt haben. Auch auf dem Zinnmarkte hat die Hauffe-Spekulation einen empfindlichen Schlag erlitten, nachdem die sichtbaren Vorräthe in Europa sich im Oktober aller Erwartung zuwider um 200 Tons vermehrt haben, nämlich von 8208 Tonnen auf 8407 To. und die Ablieferungen in London und Holland im Oktober auf 1626 To. gegen 1956 To. im September gefallen sind. Auch hierbei verstärkte die Geldknappheit und der Preisfall des Silbers den Rückgang; von dem höchsten Stande von 104 Pf. im Mitte Oktober ist das Metall rückwärts bis auf 94 Pf. 5 Sh. herunter gegangen. Bemerkenswerth ist, daß die Marge zwischen Kassa- und 3-Monat-Lieferung, die Anfang des Monats noch 40 Sh. betrug, bis auf 2 Sh. 6 d. zusammengekrumpft ist.

## Marktberichte.

**Marktbericht über Kartoffelfabrikate und Weizenstärke** von Viktor Werdmeister. S. W. Berlin, 14. November. Original-Bericht der „Posener Zeitung.“ Die von den inländischen und Transit-Märkten während der heute beendigten Berichtswochen eingetroffenen Stimmungsberichte und Kurzmeldungen veranlaßten dem hiesigen Platz keinerlei Anregung geschweige denn Veranlassung zu bieten die meist überspannten Forderungen der landlichen Fabrikanten für fertige Stärke und Mehl in disponibler Waare, trotz der notorischen Knappheit derselben zu berücksichtigen resp. zu bearbeiten. Der Verkehr hierin sowie in den übrigen Kartoffelfabrikaten war vielmehr in Folge dessen und der akuten Zurückhaltung des importirenden Auslandes allen Offerten gegenüber ein wider Erwarten beschränkter, ein Beweis mehr dafür, daß der Bedarf nur bis zu einer gewissen Grenze der Konjunktur folgt und gegebenen Falls zu Ersatzartikeln seine Zuflucht nimmt. Welchen Einfluß aber der bereits im großen Umfange in Szene gesetzte Import russisch-polnischer Fabrikartoffeln via Danzig und der Provinz Posen nach den an diesseitigen Wasserstationen belegenen Stärke- und Glucofenfabriken auf den Werth heimischer Waare ausüben wird, dürfte insofern kaum fraglich sein, als sich der Preis der obigen franko inländischen Erzeugnisse nur auf 28-30 Mark per 1200 Kilogramm bei einem Stärkegehalt von 17 bis 19 Prozent stellt; mithin circa 15 Prozent billiger wie der einheimische Kartoffeln. Trotzdem nahmen die größeren Siedereien Veranlassung und zwar im Hinblick auf die belagerten Inlandsordres auf raffinierte Syrup den Einkaufspreis für Rohstärke von neuem um 50 Pfennig zu erhöhen, in der Erwartung, die Produzenten hierdurch anzupornen, den Betrieb mehr zu forciren. Inwieweit dies gelingt, wird die nächste Zukunft lehren. Prima grobkörnige Stärke und notorisch gutes Primamehl waren kaum zu den zuletzt gemeldeten Preisen plazierbar, obgleich die Haltung scheinbar eine unverändert feste war. Für untergeordnete resp. abfallende Qualitäten zeigte sich nur vereinzelt Interesse, während wiederum für Sekunda Sorten Stärke und Mehl der Begehr ein dem Angebot überlegener blieb. Der Handel in Stärke-Syrup, weniger in Zucker war ein überaus lebhafter, ohne daß hieraus aber eine weitere Preiserhöhung derselben resultirt. Dextrine sind als fortwährend vernachlässigt zu bezeichnen. Der Export hielt sich völlig reservirt, so daß mithin nur das Inland und dies auch nur schwach periodisch mit Aufträgen am Markt ercheint. — Die märkischen, schlesischen, posenschen, pommerischen, ost- und westpreussischen Fabriken notiren: Ia. chemisch reine Kartoffelstärke, Hordenwaare, wie Ia. Mehl in gleicher Beschaffenheit bis 20 Prozent Wassergehalt je nach der Entfernung der Stationen inklusive exportfähiger Emballage, disponibel Mark 23,00 bis 23,50. Ia. Kartoffelstärke und Mehl ohne Garantie des Wassergehalts und der chemischen Reinheit resp. mechanisch getrocknete Qualitäten do. disponibel Mark 22,25-22,50, abfallende Sorten do. Mark 21,50-22, sekunda do. Mark 20-21,00, tertia Mark 18,00-19 nom. Schlammstärke Mark 12 nominell. Die mitteldeutschen Fabriken notiren für Ia. Kartoffelstärke und Mehl disponibel Mark 24,00-24,50. Ab Bahn und Wasserstationen der Markt, der Spree oder Warthe und Nege u. bezahlte man für blaßrothe sandfreie Fabrik-Kartoffeln Mark 36,00, für rothe und Champions 33-34, für weiße Mark 30-32. Alles per 1200 kg resp. 1250 kg bei größeren Partien erste Kisten netto Kasse. Die in Frankfurt an der Oder und im dortigen Regierungsbezirk domizilirenden Syrup- und Stärkefabriken = Fabriken bezahlten für: Rohstärke eingewaschene Kartoffelstärke in Käufern Säcken bei 2 1/2 Prozent Tara bahnamtliches Verladungsgewicht disponibel Mark 12,25, November Mark 12,25 netto Kasse pr. 100 kg franko Fabrik Frankfurt a. O. — Berlin notirt: Ia.

zentrifugirte chemisch reine Kartoffelstärke, auf Horden getrocknet, mit 20 Proz. Wassergehalt disponibel Mark 23,50, Ia. Mehl Mark 23,50, superior prima Mehl C. A. K. M. 25,50, Ia. Mehl, mechanisch getrocknet oder chemisch gebleichte Qualitäten do. Iota Mark 23,00, Mittel- und abfall. Qualitäten Mark 22,50. Sekundastärke und Mehl Mark 21,50, IIIa 18-19 fehlt. Trockene Schlammstärke Mark 12,00 nom. Alles per 100 kg brutto incl. Sack netto Kasse; prima wasserheller Capillair- und Kristall syrup C. A. K. Exportwaare in neuen eisenbändigen Tonnen von ca. 400 kg Inhalt disponibel und November Mark 28,50, in marktgängiger Konfektion C. A. K. und analoge Qualitäten disponibel u. November Mark 27,50, do. prima weißer unraffinirter Stärkesyrup do. Mark 27,00, Ia. strohgelber Stärkesyrup C. A. K. disponibel und November Mark 26,50, Ia. blonder Stärkesyrup in alten und neuen Tonnen Iota Mark 26,00, prima raffinirter Capillair-, Brau- und Traubenzucker in Kisten C. A. K. und analoge Marken disponibel und November Mark 27,50, Ia. weißer Stärkesyrup in Kisten C. A. K. und analoge Sorten disponibel und November Mark 27,00, gerastelt in Säcken beide Qualitäten Mark 1,00 per 100 kg höher, farbige Qualitäten Iota und Lieferung Mark 25,00-26.

**Bromberg**, 15. November. (Amtlicher Bericht der Handelskammer.) Weizen: gute, gesunde Mittelqualität 178-188 Mk., feinstes über Notiz. — Roggen je nach Qualität 160-172 Mk., feinstes über Notiz. — Gerste unverbänd. nach Qual. 135-146 Mk., gute Brauwaare 147-154 Mk. — Futtererbsen 125-135 Mk., Kichererbsen 145-152 Mk. — Hafer je nach Qualität 125-135 Mk. — Spiritus 50er Konsum 58,75 Mk., 70er 59,50 Mark.

**Breslau**, 15. Novbr. (Amtlicher Produkten-Börsen-Bericht.) Roggen per 1000 Kilogramm — Gef. —, Extr., abgelaufene Rindungscheine. — Per November 180,00 Gd., November-Dezember —, Dezbr.-Januar —, April-Mai 167 Br. — Hafer (per 1000 Kilogr.) — Per November 131,00 Gd., November-Dezember 130,00 Gd., April-Mai 132,00 Gd. — Rüböl 81 (per 100 Kilogramm) — Per November 62,00 Br., Novbr.-Dezbr. 61,00 Br. — Spiritus (per 100 Liter à 100 Proz.) excl. 50 und 70 M. Verbrauchsabgabe. Per November (50er) 58,30 Br., (70er) 58,70 Gd., Novbr.-Dezbr. 58,70 Gd., April-Mai 59,00 Gd. — Zink. Ohne Umjab. Die Börsenkommission.

## Meteorologische Beobachtungen zu Posen im November 1890.

Datum	Barometer auf 0	Wind	Wetter	Temp.
Stunde	Gr. red. in mm; 66 m Seeshöhe			i. Cel. Grad.
15. Nachm. 2	766,3	WSW leif. 3.	bedeckt	+ 8,0
15. Abends 9	758,7	WSW leicht	bedeckt	+ 7,7
16. Morgs. 7	759,5	N stark	bedeckt	+ 6,8
16. Nachm. 2	758,1	NW mäßig	bedeckt	+ 7,9
16. Abends 9	759,4	N stark	heiter	+ 6,1
17. Morgs. 7	760,7	N mäßig	bedeckt	+ 4,7

1) Nachts Regen. 2) Früh (schwacher) Nebel.  
Am 15. Novbr. Wärme-Maximum + 8,3° Cel.  
Am 15. = Wärme-Minimum + 5,4° =  
Am 16. = Wärme-Maximum + 8,3° =  
Am 16. = Wärme-Minimum + 5,5° =

## Wasserstand der Warthe.

Posen, am 15. Novbr. Mittags 1,70 Meter  
" 16. " Morgens 1,76  
" 17. " Morgens 1,82

## Bekanntmachung.

Dienstag, den 18. d. M., Vormittags 11 Uhr, werden im hiesigen Bahnhofe 20 000 Kg. Stückkohlen aus Paulusgrube öffentlich meistbietend gegen baldige Bezahlung verkauft werden.  
Posen, d. 15. Novbr. 1890.

**Königliche Güterabfertigungsstelle.**

## !! Tafel-Geügel !!

frisch geschlachtet, rein gewaschen. Gänse, Enten, Vögel, Indische, 10 Pf. Postfrei franco überallhin Mk. 6.— 15629  
Roth Lipót'scher Geflügelhof, Werich, Ungarn.

Heute Nachmittag 1 1/2 Uhr verstarb in Folge Schlaganfalls ganz plötzlich mein guter, innig geliebter Mann, unser herzenguter Vater, Bruder, Onkel, Schwager und Schwiegerohn, der Rittergutsbesitzer u. Premierlieutenant

## Theodor Handke,

Ritter des Eisernen Kreuzes, im 45. Lebensjahre, was mit der Bitte um hilfs Beileid tieferschüttert anzigt im Namen der Hinterbliebenen

Die tieftrauernde Wittwe  
**Hedwig Handke,**  
geb. Weise.

Die Beerdigung findet Dienstag, den 18. d. M., Nachmittags 3 Uhr in Schöffen, eine Trauerfeierlichkeit vorher im Trauerhause um 1 1/2 Uhr statt.

Ruchewo b. Kirchen Popowo (Prov. Posen), 15./11. 90.

## Telegraphische Börsenberichte.

### Fonds-Kurse.

**Breslau**, 15. Nov. Schwach.  
3 1/2 %ige L.-Randbriefe 96,90, 4 %ige ungarische Goldrente 89,85, Konsolidirte Türken 18,30, Türkische Loose 80,50, Breslauer Diskontobank 107,75, Breslauer Wechselbank 105,25, Schlesischer Bankverein 124,25, Kreditaktien 167,00, Donnersmarchhütte 82,60, Oberschlesische Eisenbahn 90,25, Oppolner Zement 109,50, Kramsta 131,00, Laurahütte 135,00, Verein. Delfabr. 97,00, Desterreichische Banknoten 177,00, Russische Banknoten 247,80. \*) per ultimo.  
Schlei. Zinfattien 200,00, Oberschles. Portland-Zement 121,00, Archimedes —, Kattowitzer Aktien-Gesellschaft für Bergbau und Güterbetrieb 122,25, Flöthner Maschinenbau 121,50.  
**Frankfurt a. M.**, 15. Novbr. Effekten = Societät (Schluß). Kreditakt. 262 3/4, Franzosen 210 1/2, Lombarden 120 1/2, Galzler 177 3/4, Egypter 96,00, 4 % ungar. Goldrente 89,40, 1880er Russen —, Gotthardbahn 156,20, Diskonto-Kommunität 212,40, Dresdner Bank 150,00, Laurahütte 133,50, Gelsenkirchen 169,20, Courl Bergwerth —, Griechische Monopol-Anleihe —, Darmstädter Bank 153,50, Deutsche Bank 156,00. Watt.  
Privatdiskont. — Prozent.  
**London**, 15. Novbr., Abends. Preussische Consols 104, engl. 2 1/2 % Consols 94 1/2, konv. Türken 17 1/2, 4proz. konsolid. Russen 1889 (II. Serie) 97 1/2, Italiener 92 1/2, 4proz. ungarische Goldrente 89 1/2, 4proz. ungar. Egypter 94 1/2, Ottomanbank 14 1/2, 6proz. konsol. Mexikaner 91 1/2, Silber 47 1/2, Lombarden —, De Beers —, Rio Tinto —, Suezaktien —, Egypter 89.  
In die Bank flossen 1 012 000 Pfund Sterl.  
**Rio de Janeiro**, 14. Nov. Wechsel auf London 23 1/2.



